

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXII/158

Bad Godesberg, den 21. August 1967

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite

Zeilen

Ohne Boden unter den Füßen

42

Was wollen die Kritiker der Bonner Ostpolitik?

2

Wirbel um Ost-Tourismus

47

Nicht jeder Verhaftete ist ein politischer Märtyrer

3 - 5

"Antizyklische Konjunkturpolitik"

126

Für die Verbesserung der kommunalen Infrastruktur

Von Klaus Rusticus, Hannover

* * *

Ohne Boden unter den Füßen

Was wollen die Kritiker der Bonner Ostpolitik

ler. -- Was wollen die deutschen Kritiker der von der Regierung Kiesinger-Brandt praktizierten Ostpolitik? Sie kommen aus verschiedenen, einander entgegengesetzten Richtungen. Das Ulbricht-Regime betrachtet die Bonner Bemühungen um eine Normalisierung der Beziehungen zu den Ostblockstaaten mit Mißtrauen und Furcht. Es fühlt sich bedroht, es bangt um seinen selbsterhobenen Anspruch im Gegensatz zum nichtkommunistischen Teil Deutschlands der einzige Vertreter des "wahren und friedliebenden" Deutschland zu sein. Es braucht das Gespenst eines westdeutschen Imperialismus und Militarismus, um sich vor sich selbst und seinen Verbündeten rechtfertigen zu können.

Dieses Gespenst zerfällt ins Nichts, wenn kommunistische Staaten volle diplomatische, wirtschaftliche und kulturelle Beziehungen eben mit diesen verketzerten Teil Deutschlands pflegen und sich von Ulbricht nicht befehlen lassen, was sie zu tun und nicht zu tun haben. Ulbrichts Macht und Einfluß sind freilich nicht zu unterschätzen.

Sie erweisen sich noch stark genug, um andere Länder des Ostblocks zunächst daran zu hindern, dem Beispiel Bukarests zu folgen. Dem SED-Regime kommt zudem noch die unselige Erbschaft zugute, die das Dritte Reich bei den slawischen Völkern hinterließ. Sie besteht aus Furcht und Mißtrauen. Ulbricht mobilisiert beide Komplexe bis zum Exzeß. Auf lange Sicht gesehen, versündigt er sich freilich gegen die Friedenssehnsucht auch dieser Völker. Sie sollen nicht in dauernder Kriegsfurcht leben, auch sie wollen eine gesicherte Friedensordnung, die es ihnen ermöglicht ihre Kräfte und Energien zur Steigerung der Wohlfahrt zu widmen.

Ulbricht findet in seinem Bestreben, Wege der Entspannung im Herzen Europas zu blockieren, der Bundesrepublik das Kainszeichen des von Rache und Revanche besessenen Friedensstörers aufzudrücken, im freien Teil Deutschlands manchen Bundesgenossen, wenn auch - gerechterweise bei das zugegeben - ungewollte Bundesgenossen. Deren Kritik richtet sich gegen Außenminister Willy Brandt als den Mann, dem auszuführen obliegt, wozu sich die Parteien der Großen Koalition in der Regierungserklärung vom 13. Dezember vorigen Jahres verpflichtet haben: unermüdet und beharrlich, bei Respektierung der eigenen Lebens- und Sicherheitsinteressen und der der anderen, das Werk der Aussöhnung, wie es im Westen gelang, auch mit den Völkern des Ostblocks anzustreben! Dem einen Kritiker geht Brandt zu weit, es mißfallen ihm bestimmte Formulierungen, dem anderen bedeuten die Erfolge nichts, die bisher erreicht wurden. An häßlicher Mörgeleien fehlte es nicht in den letzten Wochen.

Diesen Kritikern paßt wohl die ganze Richtung nicht, es fällt ihnen schwer, sich von liebgewordenen aber wirklichkeitsfremden Vorstellungen zu lösen. Sie erwarten entweder Wunder - und sie verkennen dabei gründlich die Realitäten, mit denen es die deutsche Politik zu tun hat. Sie möchten am Liebsten die Uhr auf Stillstand bringen und die neue Ostpolitik ihres wesentlichsten Gehalts entkleiden. Sie leiden an einem Mangel an schöpferischen Ideen; ihre Politik oder das was sie darunter verstehen, ist eine Politik ohne fruchttragenden Boden.

Wirbel um Ost-Tourismus

Nicht jeder Verhaftete ist ein politischer Märtyrer

sp - Am vergangenen Wochenende haben sich zahlreiche deutsche Zeitungen auf der Grundlage von regierungsamtlichen Verlautbarungen mit einer Reihe von Vorgängen beschäftigt, die man näher untersuchen muß, bevor man ihnen den Charakter von politischen Sensationsmeldungen gibt. Wie es hieß, sollen etwa 64 aus der Bundesrepublik stammende Touristen in mehreren Ländern des Ostblocks verhaftet worden sein. Ohne nähere Angaben, w a r u m die Verhaftungen erfolgt sind, hat man messerscharf geschlossen, Westdeutsche, die in Ostblockländer reisen, riskierten Verhaftung oder andere Schikanen. Inzwischen hat der Vorsitzende der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion, Helmut S c h m i d t, darauf hingewiesen, wie abträglich es für die Bundesrepublik sei, wenn man Verhaftungen von Ost-Touristen "hochspiele". Schmidt hat dies gewiß nicht getan, ohne sich vorher genau erkundigt zu haben, w a r u m in diesem oder jenen Fall Verhaftungen erfolgt sind...

Auch das Westberliner Reisebüro, das allein in diesem Jahre die Ferienreisen von etwa 14 000 Westberlinern in Ostblockländer organisiert hat, wandte sich gegen die in Bonn verbreiteten maßlosen Übertreibungen.

Wir wissen im Augenblick noch nicht, auf welche Weise Bonner amtliche Stellen zu der Zahl 64 gekommen sind. Aber selbst, wenn diese Zahl richtig sein sollte, sagt sie überhaupt nichts aus. Niemand hat sich der Mühe unterzogen, eine genaue Darstellung der Verhaftungs g r ü n d e zu geben.

Tatsache ist, daß eine Reihe von Bundesbürgern in Ostblockländern verhaftet wurden, weil sie sich gegen dort gültige Gesetze vergangen haben. Es handelt sich hierbei um Delikte, wie Devisenschmuggel und Schmuggel mit anderen zollpflichtigen Gegenständen, Verkehrsvergehen, Diebstähle und - in einzelnen Fällen - auch um Verstöße gegen die in den Ostblockstaaten gültigen Gesetze und Strafbestimmungen bei Vorbereitung zur illegalen Verlassen des Landes.

Ob uns die in den Ostblockländern gültigen Gesetze gefallen oder nicht, ob sie nach unseren Vorstellungen den Normen einer rechtsstaatlichen Kriminal- und Rechtspraxis entsprechen, steht hier nicht zur Debatte. Auch in westlichen Ländern werden gewisse Vergehen mit anderen Strafen bedacht als bei uns in der Bundesrepublik. Mancher Italien- oder Spanienfahrer kann ein Lied davon singen.

Natürlich ist die Bundesregierung bereit, sich um ausreichenden Rechtsschutz für Deutsche zu bemühen, wenn diese in Schwierigkeiten mit den Gesetzen des Gastlandes geraten. Das wird auch in jedem einzelnen Fall, der zur Kenntnis der zuständigen Bundesbehörden gelangt, getan. Wenn jedoch dubiose Geschäftemacher, professionelle Nachrichtenhändler oder andere Personen, die auf der Touristenwege mitschwimmen und glauben, unerkant zu bleiben, in die Maschen der Gesetze eines von ihnen besuchten Landes geraten, so ist es mehr als fraglich, ob man aus solchen Vorgängen gleich eine "politische Aktion" machen soll. Etwas mehr Behutsamkeit bei der Darstellung von Verhaftungen in Ostblockländern würde den zuständigen und für die Herausgabe von Sensationsmeldungen verantwortlichen Bonner Stellen nicht schaden.

"Antizyklische Konjunkturpolitik"

Für die Verbesserung der kommunalen Infrastruktur

Von Klaus Rusticus, Hannover

Die Weichen für das neue Konjunkturprogramm wurden von der Bundesregierung gestellt. Der Erfolg der Konjunkturpolitik wird entscheidend von der Aufrechterhaltung des kommunalen Investitionsvolumens abhängen. Aus diesem Grunde begrüßte auch der Deutsche Städtetag die vorgesehene Förderung kommunaler Vorhaben als "zusätzliche Investitionen im Bereich der Gemeinden". "Ihr Investitionsniveau ist, wie von gleicher Seite festgestellt wird, nach dem ersten Vierteljahr 1967 unter den Stand von 1964 abgesunken, obwohl sich der gesamte Investitionsbedarf der westdeutschen Kommunen von 1966 bis 1975 auf 217,9 Milliarden DM beläuft. Der Städtetag folgerte daraus, daß "die Kommunen nicht in der Lage sind, weitere Eigenmittel zu aktivieren". Fiskalisch ist dieses Resümee aus der allgemeinen Finanzmisere der Gemeinden durchaus verständlich und begründet. Dadurch wird aber auch der Optimismus in den Rathäusern weiter gedämpft. Ohne Optimismus aber kein Erfolg.

Vom Schuldenpranger zur Investitionsfreudigkeit

Bundesregierung und Länderregierungen haben die ökonomische Basis für die konjunktur- und strukturpolitischen Maßnahmen in den Jahren 1967/68 verhältnismäßig schnell geschaffen. Worauf es nunmehr ankommen wird, hängt noch nicht bis in jede Aufsichtsbehörde und jedes Gemeindeparlament durch. Warum nicht?

Krass zeichnete sich um die Jahreswende 1967 in jedem zweiten Rathaus die gefürchtete "Diktatur der leeren Stadtkasse" ab. Oft hochgespieltes, übertriebenes fiskalisches Denken schürte den Pessimismus der Gemeinden bis zur Mutlosigkeit. Sie wurden an den Schuldenpranger gestellt. Aufsichtsbehörden sahen sich infolgedessen rigoros gezwungen, Gemeinden neue Darlehensaufnahmen nicht zu genehmigen und - nach einem von Fall zu Fall oft unstrittenen Schlüssel - die Verschuldungsgrenze festzusetzen. Die Investitionshaushalte der Kommunen senken rapide ab.

Der Städtetag skizzierte es vor kurzem sehr treffend: Weil Verschuldungsfähigkeit und Investitionskraft der Städte heute weitgehend erschöpft seien, gingen die städtischen Bauausgaben immer stärker zurück. Betrag - der gleichen Quelle zufolge - der Rückgang im Jahre 1966 minus 3,2 Prozent (gleich minus 110 Millionen DM), ergab sich im ersten Vierteljahr 1967 ein weiteres Minus von 11,8 Prozent (oder minus 87 Millionen DM).

Ein Umdenkungsprozeß muß einsetzen...

Soll aber die mittelfristige Finanzplanung der Bundesregierung im Rahmen des neuen Konjunkturprogramms sinnvoll zum Zuge gelangen, müssen Bund, Länder und Gemeinden harmonisch zusammenarbeiten. Weil - wie der Städtetag folgerichtig erklärte - die Aktivierung kommunal-

Der Eigenmittel nicht möglich ist, muß in die Rathäuser trotzdem wieder Optimismus einziehen und somit auch weiterer Mut zur Verschuldung aufgebracht werden, allerdings in dem Rahmen, wie ihn die Bundesregierung entwickelte und ihn Länderregierungen einzuhalten gewillt sind.

Es muß also ein Umdenkungsprozeß einsetzen.

Was die Kommunen in ihrem Hoheitsbereich als "solide ökonomische Ausgangsbasis" zu betrachten haben, ist mit der struktur- und konjunkturpolitischen Konzeption identisch, wie sie z.B. von der Landesregierung Nordrhein-Westfalens unter dem Ministerpräsidenten Kühn (SPD) für die Ruhr entwickelt worden ist, oder wie sie von der niedersächsischen Landesregierung unter dem Regierungschef Dr. Diederichs (SPD) für das Zonenrandgebiet angestrebt wird.

Die im Rahmen dessen jetzt empfohlene höhere Verschuldung der Kommunen bedeutet kurzfristig nur ein zeitliches Vorziehen von zukünftigen Investitionsprojekten in die jetzige Konjunkturphase.

Im Rahmen des Zweiten Konjunkturprogrammes der Bundesregierung wird der Bund - im Einvernehmen mit den Ländern - Finanzierungshilfen in Höhe von insgesamt 500 Millionen DM als "zusätzliche Investitionen im Bereich der Gemeinden" für die Verbesserung der kommunalen Infrastruktur zur Verfügung stellen. Länder und Gemeinden werden ihrerseits einen Beitrag von insgesamt 1,5 Milliarden DM zur Finanzierung leisten. Es sollen nur solche Vorhaben finanziert werden, für die die Aufträge bis zum 15. Oktober 1967 vergeben werden können.

"Stadt hofft auf den Geldregen aus Bonn" - "Zuschüsse aus dem Zweiten Eventualhaushalt erwartet"... so und ähnlich lauteten Schlagzeilen in Zeitungen nach den Bekanntwerten des Zweiten Konjunkturprogrammes.

"Der Pferdefuß bei dieser ganzen Aktion ist für die meisten Gemeinden der aufzubringende Eigenanteil in Höhe eines Viertels der Bau Summe." So oder ähnlich war zu lesen, und diese Auslegung ist auch vielverbreitet. Das ist aber unzutreffend.

Was soll gefördert werden ?

Insbesondere werden der Bau von Schulen und Krankenhäusern, der Ausbau des Nah- und Schnellverkehrs, die Erschließung von Industriegelände, die Verbesserung der Wasserversorgung und der Abwasserbeseitigung gefördert. Daneben können auch Anlagen privater Unternehmen, die der Luft- und Wasserreinigung dienen, im Rahmen der Länderquoten eine Förderung erfahren.

Die Finanzierungshilfe des Bundes (500 Millionen DM) wird durch ein besonderes ERP-Investitionshilfegesetz ermöglicht, wovon gewährt werden:

- * 1. Kredite an Gemeinden in "Strukturgebieten" (wie z.B. im Ruhrgebiet, an der Saar oder im Zonenrand) bei einem Zinssatz
- * von 3 Prozent und einer Laufzeit für Bauinvestitionen von
- * fünfzehn Jahren und für Ausrüstungsinvestitionen von zehn

- * Jahren (bei jeweils bis zu zwei Freijahren). Die Darlehenshöhe kann bis zu 60 Prozent der Investitionskosten innerhalb der Länderquoten betragen.
- * 2. Kredite an Gemeinden in den übrigen Gebieten bei einem Zinssatz von 3,5 Prozent und einer Laufzeit von fünfzehn Jahren bzw. zehn Jahren sowie bis zu zwei Freijahren (wie unter 1.).
- * Höhe des Darlehens hier bis zu 50 Prozent der Investitionskosten innerhalb der Länderquoten.

Daraus ist zu entnehmen, daß jenes zitierte "Viertel" der Gemeinden durchaus "dehnbar" gemacht werden kann, gleichwohl die Frage der Zinsbeihilfen für aufzunehmende Kommunalkredite bei Endfinanzierungen noch nicht allgemeinverbindlich beantwortet ist. Jedenfalls empfiehlt es sich den Gemeinden, detailliert - von den einzelnen Vorhaben ausgehend - nach einem flexiblen Finanzierungsmodus zu suchen, statt von vornherein eine Maßnahme an Schwarzmalerei scheitern zu lassen.

Ein Bukett förderungswürdiger Projekte

Es entspricht weitestgehend der "Skala der produktivitätsfördernden Investitionen der Gemeinden", durch welche - wie der Deutsche Städtetag begründet folgerte - die in den Kommunen vorhandene "Verwaltungs-, Planungs- und Investitionskapazität voll genutzt werden kann".

Will man diesen Grundsatz teilen, muß man in den Rathäusern auch den Mut zur höheren Verschuldung aufbringen, zumal die Gemeinden dazu heute praktisch angehalten werden. Das wiederum setzt eine Abkehr von Verschuldungsgrenzen voraus, wie sie früher von Aufsichtsbehörden verfügt worden sind. Aus diesem Grunde müssen auch die Darlehenserrichtungen seitens der kommunalen Aufsichtsbehörden in Zukunft flexibler, also antizyklisch gehandhabt werden.

Bürokratie auf ein Minimum bringen

Ganz wesentlich wird es auch bei einer solchen "antizyklischen Konjunkturpolitik" darauf ankommen, die bürokratische Abwicklung auf ein Mindestmaß zu reduzieren. Bund und Länder scheinen hierzu gewillt zu sein, aber offensichtlich nicht alle Gemeinden.

Damit die Vorhaben schnell in Angriff genommen werden können, sollen z.B. die Kredite in einem unbürokratischen Verfahren vom Schatzministerium unmittelbar den Kommunen gewährt werden. Die Auswahlprüfung und Meldung der Projekte sollen vorher durch die Länder erfolgen, wobei es wichtig ist, daß für jedes Land im Konjunkturrat ein prozentualer Anteilsschlüssel vereinbart wurde, innerhalb dessen jedes Land die durch das ERP-Sondervermögen zu finanzierende Projekte meldet. Der Verteilerschlüssel ist regionalisiert. Dadurch soll eine möglichst starke Berücksichtigung der besonderen Förderungsgebiete gewährleistet werden.

Auch unter diesem Aspekt ist zu folgern, daß nunmehr viel von den Gemeinden abhängt.